FileNr:50|id:7VCY-G650-Y8XK-R54S|date:2009-04-01|source:Welt|title:Die Rückkehr des starken Staates; In der Krise greifen Politiker überall auf der Welt tief in die Wirtschaft ein. Beim G-20-Treffen wollen die Europäer für eine sozial gezähmte Marktwirtschaft werben. Doch in den USA sieht man das ganz anders - Obama will den Kapitalismus retten, nicht abschaffen

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Die Welt wird nach dieser Krise nicht mehr wie vorher sein. Die Bundesregierung wird nicht muede, diese Botschaft zu verkuenden. Fuer Finanzminister Peer Steinbrueck stellt die Weltwirtschaftskrise eine Zeitenwende dar. Es sei das Ende des Dogmas, dass der Staat sich weitgehend aus der Wirtschaft herauszuhalten habe, ist sich der SPD-Vizechef sicher. Von einer neuen Balance zwischen Staat und Wirtschaft spricht auch die Bundeskanzlerin. Angela Merkel wirbt dafuer, das deutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft weltweit zum Durchbruch zu verhelfen. Mit dieser Vision kommt sie zum Weltfinanzgipfel der 20 bedeutendsten Industrie- und Schwellenlaender, der heute in London beginnt. Dabei geht es um eine neue Finanzarchitektur und um zusaetzliche Wachstumsimpulse. Ueber allem aber schwebt die Frage nach dem Verhaeltnis zwischen Staat und Wirtschaft. 20 Jahre nach dem Zerfall des Ostblocks ist der Siegeszug der Marktwirtschaft fuers Erste gestoppt.

Weltweit werden Banken verstaatlicht, Managergehaelter und Finanzmaerkte reguliert und Konjunkturpakete in nie da gewesener Groesse geschnuert. Gerade auch in Deutschland ist das Vertrauen in die Marktkraefte tief erschuettert. Noch nie seit ihrer Gruendung vor 60 Jahren ist in der Bundesrepublik das Pendel so schnell in Richtung Staat zurueckgeschwungen wie in den letzten Monaten. "Die Karten werden jetzt neu gemischt", sagt der Staatssekretaer im Bundesumweltministerium, Michael Mueller. Der Sozialdemokrat sieht die Chance gekommen fuer einen tief greifenden gesellschaftlichen Wandel, einen "gruenen New Deal". Es gehe darum, wirtschaftliche Effizienz mit sozialer Gerechtigkeit und Oekologie zu verbinden. "Die vergangenen 20 Jahre waren von der Globalisierung, der Dominanz der Finanzmaerkte und der Vernachlaessigung des oeffentlichen Sektors gepraegt. Das wird jetzt korrigiert", sagt Michael Mueller. Mit Befriedigung registrieren die Marktskeptiker hierzulande, dass gerade auch in Grossbritannien und in den USA, den Mutterlaendern des Kapitalismus, massiv in die Wirtschaft eingegriffen wird. Englands Premierminister Gordon Brown, Gastgeber des G-20-Gipfels, hat in den vergangenen Monaten eine ganze Palette von Notmassnahmen erlassen, um die schwer angeschlagene englische Wirtschaft zu stabilisieren. Bisher ohne Erfolg: Das englische Pfund ist auf Talfahrt, die Staatsverschuldung explodiert, und die Arbeitslosigkeit steigt rasant. Aeltere Briten fuehlen sich in die Siebzigerjahre zurueckversetzt, als ihr Land als kranker Mann Europas galt. Damals hatten die Gewerkschaften die Wirtschaft fest im Griff, und die Staatsverschuldung war so hoch, dass schliesslich der Internationale Waehrungsfonds dem Land unter die Arme greifen musste. Dann kam Margaret Thatcher an die Macht und verordnete Grossbritannien eine marktwirtschaftliche Rosskur. Staatsunternehmen wurden privatisiert, der Haushalt konsolidiert, die Finanzmaerkte liberalisiert und die Gewerkschaften entmachtet. Grossbritanniens Wiederaufstieg war die Folge. Die Labour-Regierung begann allerdings schon lange vor der Finanzkrise damit, das Rad wieder zurueckzudrehen. So waren die vergangenen Boomjahre von einer allzu ueppigen Haushaltsfuehrung und von einem steigenden gesetzlichen Mindestlohn gekennzeichnet, was sich jetzt in der Krise raecht. Nur die Freiheit der Finanzmaerkte war auch fuer die Labour-Regierung sakrosankt - bis die grosse Blase platzte. In den USA, dem Ursprungsland der Krise, verlaeuft die Debatte scheinbar entlang aehnlicher Argumentationslinien wie in Deutschland oder Grossbritannien, und die Regierung scheint in grossem Masse das europaeische Konzept der Verstaatlichung anzuwenden. Die Aehnlichkeit besteht aber nur auf den ersten Blick. Denn trotz der schweren Krise bleibt den Amerikanern Europas Liebaeugeln mit dem starken Staat suspekt. Die Regierung Obama hat vielmehr das klare Ziel, den Kapitalismus vom Kopf auf die Fuesse zu stellen. Wirtschaftliches Wachstum zu schaffen ist ihr oberstes Ziel. Nur mit Wachstum, sagt Obama, liesse sich die enorme Staatsverschuldung abbauen, die fuer die Krisenhilfe noetig war. Und nur mit Wachstum koennten Firmen, denen der Staat zwangsweise unter die Arme gegriffen hat, die Steuergelder zurueckerstatten. Das Wachstum soll allerdings wieder auf Industrieprodukten statt auf Finanzspekulationen ruhen. Wagemutige Unternehmer sollen wettbewerbsfaehig werden. Allein zu diesem Zweck will Obama den Finanzsektor reformieren und schwerfaellige Konzerne zum Wandel zwingen. Es geht nicht um antikapitalistische Bilderstuermerei. "Wir koennen es uns nicht leisten, jeden Investor oder Unternehmer zu verteufeln, der Gewinne machen will", stellte Obama kuerzlich klar. "Gewinnstreben hat uns den Wohlstand gebracht, und mit solchem Streben werden die Banken wieder Geld leihen und die Wirtschaft in Schwung bringen."

Obamas Sprecher Robert Gibbs sagte am vergangenen Freitag nach einem Treffen Obamas mit den Bankenchefs: "Der Praesident hat unterstrichen, dass Wall Street auf Main Street angewiesen ist und umgekehrt." Main Street, Hauptstrasse, ist die Metapher dafuer, was bei uns mit "Konsument" umschrieben wird. Obama vermeidet auch deshalb jede Frontstellung "des Staates" gegen "die Wirtschaft", weil das juristisch und politisch sehr riskant sein kann. Die private Vertragsfreiheit, die die freie Gruendung und Fuehrung von Firmen einschliesst, ist ein heiliges Prinzip der amerikanischen Revolution von 1776 und gilt ohne Einschraenkungen auch heute noch. Obama muss zudem die wirtschaftspolitische Autonomie der Einzelstaaten respektieren. Von der Zentralregierung postulierte Gewerkschaftsrechte oder Umweltvorschriften wuerden an dieser Autonomie ruehren. Als Obama juengst ein Sondergesetz ankuendigte, um die Bonuszahlungen bei dem mit Staatshilfen geretteten Versicherungskonzern AIG mit einer 90-prozentigen Strafsteuer zu belegen, weckte dies das Unwohlsein bis weit in demokratische Kreise hinein - nicht weil diese die Boni guthiessen, sondern weil sie einen Willkuereingriff der Bundespolitik witterten. Manche Skeptiker sehen sogar das ebenso geheiligte Verfassungsprinzip der Meinungsfreiheit bedroht. Die Beschneidung von Aufsichtsratsrechten bei der Festsetzung von Managergehaeltern gilt ihnen als eine solche Einschraenkung. Die These, es koenne verfassungswidrig sein, in voruebergehend staatlich beherrschten Konzernen Gehaelter von ueber 500 000 Dollar zu verbieten, mag in Europa als Aprilscherz gelten. In den USA ist sie keineswegs abwegig. Amerikanische Richter sind grosszuegig bei der Definition dessen, was alles unter Meinungsfreiheit faellt. Europas Wirtschaftsdenken wird unterschwellig vom Ideal mitbestimmt, ein weiser Lehnsherr sorge fuer seine Leute. Heute ist der demokratische Staat der frei gewaehlte Lehnsherr, und deshalb soll er umso mehr die Buerger schuetzen.

In Amerika herrschte von Anfang an wirtschaftlicher Individualismus, es gab nie die "Obrigkeit". Siedler standen in Gefahr fuereinander ein, aber jeder beackerte sein Stueck Land. Wer faul war oder falsch saete, war selber schuld. Das hat sich tief in die konservative Psyche eingegraben. Europas Sozialstaat steht dort im Ruf, Fleissige muessten Faule durchschleppen. Mit der Vorstellung der deutschen Kanzlerin, das hiesige Modell der sozialen Marktwirtschaft in alle Welt zu exportieren, koennen die meisten Amerikaner ueberhaupt nichts anfangen. Zwar hat es in den USA in der Vergangenheit immer wieder Aufruhr und Revolten gegen bedenkenlose Kapitalisten gegeben - um die Wende zum 20. Jahrhundert gegen die Oel- und Eisenbahnbarone, und in den Dreissigerjahren gegen Finanzspekulanten. Das gehoert aber in das Kapitel "Raus mit den Halunken", nicht "Weg mit dem Kapitalismus". Von Washington angeordnete Enteignungen wecken Misstrauen. Es ist Obamas Wortwahl anzumerken, dass er es weiss. Barack Obama will eines unter allen Umstaenden verhindern - als "Sozialist" zu gelten. Im Gegensatz dazu fuerchten Merkel und die meisten anderen europaeischen Regierungschefs derzeit am meisten das Etikett "neoliberal". "Wir koennen es uns nicht leisten, jeden Investor zu verteufeln, der Gewinne machen will" US-Praesident Barack Obama Noch nie seit ihrer Gruendung vor 60 Jahren ist in der Bundesrepublik das Pendel so schnell in Richtung Staat zurueckgeschwungen wie in den letzten Monaten Fotos: dpa, pa; Montage: DIE WELT...